

Die politisch-polemische Kritik an der Fortbildung der Ärzte ist – nach den „revolutionären“ siebziger Jahren – in jüngster Zeit fast verstummt. Welcher parteiische Publizist würde auch seine Gesinnungsgenossen kritisieren wollen, die eine Fortbildung *ablehnen* – und sei es „nur“ die in Katastrophenmedizin . . .

Durch eine einzelne Stimme aus dem WDR-Mittagsmagazin läßt sich aber noch heute die „hohe Politik“ irritieren, so der Bundestagsabgeordnete der Regierungskoalition Dr. Paul Hoffacker und der Ministerialdirektor im Bundesarbeitsministerium Karl Jung durch simple Rundfunk-Behauptungen, die Fortbildung der niedergelassenen Ärzte sei ungenügend, und es sei denkbar, daß ein Arzt sich nach seiner Ausbildung niederläßt, zwanzig Jahre irgendwo im Lande praktiziere, ohne jemals eine Fortbildung absolviert zu haben.

Fortbildung

Kritik vom WDR

Während der Westdeutsche Rundfunk sich weigert, die unrichtigen Behauptungen zu berichtigen, sah sich die Kassenerztliche Bundesvereinigung gezwungen, das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung über die wahren Verhältnisse in der Fortbildung der Kassenerzte aufzuklären. In Wahrheit kann man nämlich von einem fast übergroßen Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten sprechen, die es jedem Kassenerzt erlauben, nach eigenen individuellen Bedürfnissen das auszuwählen, was er an Fortbildung braucht.

Die Fortbildungspflichten aller Ärzte sind in der Berufsordnung für Ärzte klar geregelt; über die den Ärztekammern obliegende spezifisch medizinische

Fortbildung hinaus ist es Aufgabe der Kassenerztlichen Vereinigungen, das zu regeln, was der Arzt an Fortbildung für seine *kassenerztliche* Tätigkeit benötigt, so insbesondere im Hinblick auf das Wirtschaftsgebotsgebot.

Und wenn ein vorurteilsfreudiger Mikrophonist dies alles beiseite pustet und suggeriert, daß eben der Fortbildungserfolg schlecht sei, so muß auch dem heftig widersprochen werden. Mit dem hohen Wissensstand fortgebildeter Ärzte hat sich das Leistungsspektrum der niedergelassenen Praxis in den letzten beiden Jahrzehnten bekanntlich ständig erweitert und verbessert. Vielleicht wurde aber die Fortbildung, auf der dieser Fortschritt basiert und die von der Ärzteschaft in eigener Regie und mit eigenen Mitteln gestaltet wird, nach außen nicht marktschreierisch genug „verkauft“, so daß sie in Bonn un bemerkt blieb? EB

Die „von keiner Seite bezweifelte Hilfsbereitschaft“ muß von einer *Hilfsfähigkeit* begleitet werden, die sich jeder Arzt in angemessenem Umfang, z. B. durch das gründliche Studium einer solchen Monographie, aneignen muß, soll seine Hilfsbereitschaft nicht eine inhaltlose Erklärung bleiben“.

Die Monographie ist eine Sammlung der überarbeiteten Referate des 3. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin im Juni 1985 in Frankfurt/Main, herausgegeben von Prof. Dr. med. Edgar Ungeheuer (Deutscher Ärzte-Verlag, Köln 1986). Das Zitat am Anfang stammt, bemerkenswerterweise, aus einer in der DDR erschienenen, lobenden Besprechung dieses Buches. Rezensent: Prof. Dr. sc. med. Hans Röding, Potsdam, Chirurg, selbst Mitautor eines einschlägigen Lehrbuches („Der Massenunfall“) und – stellvertretender Vorsitzender der

Katastrophenmedizin

Lob aus der DDR

DDR-Sektion der „Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges“.

Die DDR-Sektion erfreut sich ja, wie man dieser Tage wieder einmal dem SED-Organ „Neues Deutschland“ entnehmen konnte, einer „gemeinsamen Mission“ mit ihrer politischen Führung: Auf der ersten Seite wurde das Dokument des Moskauer IPPNW-Kongresses „Was wir glauben“ groß aufgemacht, einschließlich aller Widersprüche: „Alle Systeme“ (zur Überwachung der Kernsprengköpfe) „werden eines Tages versagen“, heißt es da. Aber drei Absätze weiter: „Wir glauben, daß der Mensch kontrollieren kann, was er geschaffen hat.“

Rödings Buchbesprechung deutet an, daß es auch in der

DDR Widerstände gegen die Fortbildung in Katastrophenmedizin gibt. Er schreibt: „Die Verfolgung der täglichen Informationen über die Medien beweist *im Gegensatz zu einigen anderen Auffassungen* die unveränderte Aktualität der angesprochenen Problematik“. Vielleicht ist deshalb die Begründung so merkwürdig, mit der sich Röding gegen den angeblich nicht eindeutigen Terminus „Katastrophenmedizin“ wendet: Katastrophen seien ja überall per Gesetz definiert, schreibt Röding – und vergißt hinzuzufügen, daß der Katastrophenschutz in der DDR der Zivilverteidigung obliegt, die dem Militär unterstellt ist.

Es ist schon grotesk: Was IPPNW-Anhänger im einen deutschen Staat als „Kriegsmedizin“ ablehnen, gilt dem IPPNW-Funktionär Röding im anderen deutschen Staat „als internationales Niveau und wird auch in unserem Lande publiziert und gelehrt“! gb